



POSITIONEN

14 | 2009
Angela Merkel

Staaten in der
Globalisierung

ISBN 978-3-940955-90-6

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich der
4. Berliner Rechtspolitischen Konferenz am 23. April 2009**

INHALT

5 | DIE 4. BERLINER RECHTSPOLITISCHE
KONFERENZ

7 | STAATEN IN DER GLOBALISIERUNG
Angela Merkel

18 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-90-6

DIE 4. BERLINER RECHTSPOLITISCHE KONFERENZ

Mit den Rechtspolitischen Konferenzen verfolgt die Konrad-Adenauer-Stiftung das Ziel, ein Forum für die anspruchsvolle Diskussion grundsätzlicher rechtspolitischer Fragen zu schaffen und den Meinungs-austausch zwischen Rechtswissenschaftlern, Richtern, Anwälten und Politikern zu verstärken.

Die 4. Berliner Rechtspolitische Konferenz befasste sich mit „Staaten in der Globalisierung“. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, internationale Konflikte, die Herausforderungen des Terrorismus sowie weltweite Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass sich die Rahmenbedingungen, in denen Staaten in einer globalisierten Welt agieren, dramatisch verändert haben. Souveränität, Sicherheit, Wirtschaft und Gerechtigkeit sind die entscheidenden Handlungsfelder des 21. Jahrhunderts. Im Rahmen dieses internationalen Symposiums wurde auch das Lebenswerk von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog gewürdigt.

Die vorliegende Publikation gibt die Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 23. April 2009 wieder. Eine vollständige Dokumentation der Tagung wird demnächst in einem eigenen Band erscheinen.

Berlin, im Juni 2009

STAATEN IN DER GLOBALISIERUNG

Angela Merkel

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Roman Herzog, ich mache es mir einfacher und sage einfach: Sehr geehrte und außergewöhnliche Festversammlung, es wird eine wichtige und, wie ich glaube, auch sehr spannende rechtspolitische Konferenz zu Ehren eines großen Juristen, eines großen Politikers und eines echten Patrioten am morgigen Tage geben. Normalerweise dürstet es mich nicht nach rechtspolitischen Konferenzen. Ich sage das ganz ehrlich. Aber am morgigen Programm würde ich doch zu weiten Teilen außerordentlich gerne teilnehmen. Und das nicht nur, lieber Roman Herzog, weil Sie geehrt werden, sondern weil dadurch, dass Sie geehrt werden, das Programm so spannend ist und mit so außergewöhnlichen Referenten bestückt ist und weil das Thema auch so außergewöhnlich gut in unsere Zeit passt.

Roman Herzog selbst ist Vorreiter für das, was er den Deutschen 1997 schon in Aussicht stellte. Die Deutschen, so sagte er, müssten sich darauf einstellen, später einmal in zwei, drei oder sogar vier verschiedenen Berufen zu arbeiten. Bei sich selbst hat er das relativ gut realisiert. Für andere wird das noch Lebenswirklichkeit werden.

Ich möchte hier den spanischen König aus dem Jahre 1997 zitieren, der damals in seiner Laudatio auf den Karlspreis-

träger Roman Herzog Worte gefunden hat, die vielleicht kaum schöner sein könnten: „Von wohlwollendem und entspanntem Gemüt, selbstsicher, voller Geistesgegenwart gegenüber den Schwierigkeiten sowie menschlicher Wärme angesichts der Probleme Dritter, bietet Roman Herzog uns allen ein lebendiges und nachahmenswertes Beispiel für das erreichbare Maß an Reife bei der Verrichtung öffentlicher Aufgaben.“ Ein wahrhaft königliches und, wie ich finde, wunderschönes Lob. Ich glaube, wir alle wünschen Ihnen, dass Sie all diese Fähigkeiten noch lange bei guter Gesundheit behalten können.

Roman Herzog war oft Vorreiter – er hat auch die nötige Robustheit, dass ihn das nicht so gestört hat –, so zum Beispiel 1995 in einer Analyse einer notwendigen Globalisierung der Außenpolitik – ich komme später darauf zurück –, 1997 in der berühmten Analyse unseres inneren Reformbedarfs, ebenfalls damals mit der Stiftung des Deutschen Zukunftspreises, der uns Deutschen seither jährlich die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die erfolgreiche Weiterentwicklung unseres Landes ins Bewusstsein ruft, 1998 mit der Etablierung eines weltweiten Dialogs der Kulturen. Dies sind nur wenige Beispiele von der Weitsicht, mit der er gehandelt hat.

Sie haben stets zu Mut und Selbstvertrauen aufgerufen – zur Bereitschaft, Neues zu wagen. Sie haben dabei das Vertrauen ausgestrahlt, dass die Deutschen es schaffen können. Daran in diesen Tagen zu erinnern, nicht nur, weil wir als Bundesrepublik Deutschland bald 60. Geburtstag haben, sondern weil wir auch eine schwierige Zeit durchschreiten, ist sicherlich angemessen.

Nun kann man fragen: Ist durch Deutschland der von Roman Herzog geforderte Ruck gegangen? Er kann das nur selber beurteilen. Ich denke dennoch, dass wir ein ganzes Stück vorangekommen sind. Leider nicht sofort, meistens langsam, oft auch evolutionär. Vielleicht möchten ja die Menschen manchmal auch gar nicht wissen, was sich alles geändert hat. Aber wo immer Sie gefragt waren, wo wir etwas verändern sollen und sollten, haben Sie die Verantwortung nicht gescheut. Ich möchte deshalb von meiner Seite als CDU-Vorsitzende noch einmal für die Leitung der Kommission Soziale Sicherheit danken, die im CDU-internen Sprachgebrauch immer nur Herzog-Kommission heißt.

Meine Damen und Herren, die Rechtspolitische Konferenz, die dem Jubilar gewidmet ist, befasst sich mit einem zeitgemäßen und vielleicht auch dem spannendsten Thema, nämlich mit der Frage der Globalisierung und der Frage, wie wir in einer solchen Welt zusammenleben. Morgen werden unter den drei Bereichen Souveränität, Sicherheit und Gerechtigkeit dazu dann auch die entsprechenden Vorträge gehalten.

Was man ohne Widerspruch sagen kann, ist, dass die politischen Strukturen, in denen wir heute weltweit leben, nicht dem Grad der faktischen Vernetzung der Welt entsprechen. Diese Analyse ist relativ trivial. Globalisierung gibt es schon lange, aber sie hat sich beschleunigt durch die neuen technologischen Entwicklungen, insbesondere durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie und des Internets. Man kann heute zu jeder Zeit über fast jeden Ort auf der Welt alles erfahren, alle Fakten erfragen. Und dennoch ist die Fähigkeit der heutigen Generation – und das, so glaube ich, nicht nur in Deutschland – noch nicht hinreichend ausgebildet, aus diesem vielfältigen Faktenwissen auch wirklich die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und Vernetzungen zu erzielen.

Unsere internationale politische Architektur hat richtige und wichtige Ansätze, aber sie ist – was die Organisationsformen anbelangt und auch, was die Geschwindigkeit von Entscheidungen anbelangt – mit Sicherheit in keiner Weise geeignet, den Menschen weltweit bereits deutlich zu machen, dass Politik den Anspruch auf Gestaltung hat. Politik wirkt eher als Getriebene. Und das beunruhigt viele Menschen auf der Welt.

Also, auf der einen Seite die Bürgerinnen und Bürger in unseren Ländern, die das globale Denken noch nicht mit der Muttermilch aufgesogen haben, und auf der anderen Seite das Gefühl der Ohnmacht der gleichen Menschen, das Gefühl, dass heute Politik die Herausforderungen nicht mehr national bestehen kann und deshalb stärker international tätig sein müsste.

Und deshalb muss man sich auch fragen: Was ist eigentlich unsere Vorstellung von einer internationalen Architektur, von Organisationen, die heutigen Herausforderungen gerecht werden? Darüber gibt es eigentlich recht selten eine strukturierte Debatte. Aber vielleicht wird man ja morgen beim Thema Globalisierung und Souveränität nicht dabei stehen bleiben, dass jeder sagt, wir seien nun mal souveräne Nationalstaaten und

damit müsse sozusagen auch die Globalisierung zu managen sein. Vielleicht geht die Diskussion morgen ein Stück weit darüber hinaus.

Also, welche Vorstellungen haben wir? Ich will an dieser Stelle sagen – auch wenn einem diese Vorstellung nicht gerade in Verbindung mit einem Optimum an Effizienz vor Augen schwebt –, dass ich dabei an die UNO denke, an die Vereinten Nationen als repräsentative Gruppe der Nationalstaaten dieser Welt, eine Institution, von der aus gedacht werden muss, wenn wir über eine internationale globale Architektur sprechen.

Die UNO, die Vereinten Nationen sind gegründet worden auch als Ergebnis einer globalen Erfahrung, einer globalen Schreckenserfahrung. Sie sind entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn man sich einmal die UN-Menschenrechtskonvention durchliest, dann muss man sich eigentlich wundern, dass es damals gelungen ist, mit so vielen Ländern eine solche Konvention gemeinsam zu vereinbaren. Ich vermute, dass dies nur infolge der schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, letztlich eines globalen Krieges, möglich war.

Ich frage mich deshalb, was denn die Aufgabe unserer Zeit ist – in einer dramatischen Weltwirtschaftskrise, ausgelöst durch eine dramatische Finanzkrise? Müssen wir daraus nicht auch Lehren ziehen und sagen, dass wir neue und effizientere Strukturen schaffen müssen, die den Anforderungen der Vernetztheit des gemeinsamen Wirtschaftens gerecht werden?

Man hat damals aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges heraus etwas gemacht, was einem heute nahezu unvorstellbar erscheint. Man hat nämlich einigen Ländern in dem Führungsgremium der Vereinten Nationen, dem UN-Sicherheitsrat, ein Vetorecht eingeräumt. Man kann vermuten, dass die, die es haben, es auf absehbare Zeit nicht abgeben wollen. Man kann aber auch vermuten, dass Neue, die dazustoßen wollen, es auch nicht so leicht bekommen werden. Das ist eine interessante internationale Konstellation, die ohne den Zweiten Weltkrieg überhaupt nicht denkbar ist, aber auch heute noch prägende Wirkungen auf die gesamte Funktionsweise der Vereinten Nationen hat.

Wir sind uns einig darin, dass wir eine Reform des UN-Sicherheitsrats brauchen. Wenn die Frage gestellt wird, wie diese denn genau aussehen soll, dann kann man mit Beruhigung feststellen – Herr Ahtisaari wird das

besser wissen als ich –, dass über die Frage mehr als zwei Jahrzehnte bereits verstrichen sind, ohne dass man zu besonderen Ergebnissen gelangt ist.

Deutschland gehört inzwischen zu den Ländern, die glauben, sie könnten auch einen Anspruch auf einen Sitz im Weltsicherheitsrat haben. Ich finde das auch in Ordnung und habe das auch unterstützt. Aber wenn man sich einmal die Relation vergegenwärtigt – 500 Millionen Europäer und sechs Milliarden Menschen außerhalb Europas –, dann scheint es relativ zweifelhaft zu sein, ob es so einfach sein wird, sozusagen beliebig viele andere Europäer – unsere italienischen Freunde werfen ja auch immer ein Auge darauf – dort aufzunehmen.

Ob eine sich immer weiter integrierende Europäische Union es sich eigentlich auf Dauer leisten kann, mit zwei Vetomächten, die sich dann manchmal vielleicht auch unterschiedlich verhalten, im UN-Sicherheitsrat vertreten zu sein, ist auch eine spannende Frage. Aber bei aller Integrationskraft schreckt man, nicht nur bei den Vetomächten, ja doch noch vor dem Gedanken zurück, sich auf einen gemeinsamen europäischen Sitz zu verständigen.

Wir haben eine Vielzahl von internationalen Organisationen, die nahe bei der UNO sind, aber eben nicht direkt zu den UN-Organisationen gehören. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation – diese drei möchte ich an dieser Stelle nennen. Wenn man sich Vorstellungen von einer neuen Architektur macht, dann wird die Frage sein: Wie koppelt oder verbindet man diese Institutionen an die bzw. mit den verschiedenen UN-Organisationen? Es ergibt sich ja in gewisser Weise willkürlich, dass sich um Klimaschutz ein UN-Gremium kümmert, um den Welthandel eine Welthandelsorganisation und um andere Dinge die Weltbank. Es würde sich lohnen, sich auch mal Gedanken darüber zu machen, wie diese Institutionen eigentlich miteinander kooperieren sollten.

Wir haben eine Vielzahl von regionalen Bündnissen, die uns die Kooperation natürlich in vielen Fragen vereinfachen. Wir Europäer haben die Europäische Union. Aus dem Geist der Europäischen Union heraus hat sich inzwischen sozusagen eine Nachfolgeorganisation gefunden, die noch vieles tun muss, aber hinsichtlich der Struktur sehr ähnlich ist: die Afrikanische Union. Wir haben regionale Bündnisse in Lateinamerika. Wir haben sehr interessante Entwicklungen im asiatischen Raum. Natürlich

würden sich die Funktionsfähigkeit und auch die Entscheidungsstärke internationaler Organisationen unglaublich verbessern, wenn in den regionalen Organisationen sozusagen eine Vormeinungsbildung stattfinden würde und dann weniger Verhandlungspartner jeweils gemeinsame Kompromisse der verschiedenen Regionen finden müssten.

Interessant ist, dass wir erlebt haben, dass die Industrieländer, die über viele Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hinweg, wenn sie sich geeinigt hatten, immer davon ausgehen konnten, dass das eine Einigung für die Welt gewesen ist, dass sie aber inzwischen diese Kraft nicht mehr haben. Wir haben WTO-Verhandlungen erlebt, bei denen eine Einigung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zwar schwierig war. Aber als sie geschafft war, ist daraus mitnichten eine Einigung der internationalen Staatengemeinschaft zustande gekommen.

Wir haben interessante Konstellationen. Wir haben zum Beispiel die Vetomacht China, die gleichzeitig in der G77 und quasi noch als Entwicklungsland vorhanden ist. Zugleich empfindet sich China in vielen Sachfragen als Gegengewicht zu den entwickelten Industrieländern und tariert jetzt Schritt für Schritt aus, in welchem Bereich es denn sozusagen noch stärker die Rolle eines Entwicklungslandes spielt, wo die eines Schwellenlandes und wo es sich wie ein hochentwickeltes Industrieland verhält. Das wird sich natürlich weiter verändern.

Wir müssen auch die Frage beantworten, wie wir uns die Kooperation in einer langen Zeitachse vorstellen wollen – rein intergouvernemental? Das ist das Prinzip der Vereinten Nationen. Es ist zum Beispiel heute nach den Statuten des IWF gar nicht möglich, dass etwa die EU einen Sitz einnimmt, weil Organisationen gar nicht Mitglieder sein können, sondern nur Staaten. Aber man wird zu dem Punkt kommen, zu fragen, wie eine Finanzordnung aussehen könnte. Man wird zu dem Punkt kommen, an dem eine gewisse Abgabe von staatlicher Souveränität in vielen Fragen vielleicht notwendig sein könnte – natürlich bleiben die Staaten souverän und Herren der Verträge; das haben wir von Erwin Teufel ja auch immer wieder gelernt. Wir in der Europäischen Union haben damit eine relativ große Erfahrung. Andere kennen eine solche Abgabe überhaupt nicht und empfinden diese als reine Zumutung. Die Bereitschaft dazu setzt natürlich ein hohes Maß an Vertrauen voraus, was weltweit so noch nicht gegeben ist, wie wir es heute in der Europäischen Union haben.

Und wenn wir uns dann schon intergouvernemental auf Abkommen, auf Regeln einigen müssen, wie ist das dann mit den Sanktionen, wenn man sie nicht einhält? Da sind die Folgen innerhalb der Vereinten Nationen milde. Eigentlich gibt es nur ein Gremium, in dem eine richtige Sanktionierung möglich ist. Das ist die Welthandelsorganisation. Und für mich ist es bis heute ein kleines Wunder, wie es geschehen konnte, dass sich damals weit über hundert Staaten darauf einigten, dass man richtige Pönalien aussprechen kann. Ich bin mir nicht sicher, ob alle nationalen Parlamente gewusst haben, wem und was sie da zugestimmt haben.

Und dann also die Frage: Abgabe von Souveränität? Als ich am Montag auf der Hannover Messe war, hat mir der südkoreanische Ministerpräsident eine vierzig Jahre alte Promotionschrift von sich übergeben, in der es um die Frage ging, nach welchen Prinzipien Organisationen wie die Europäische Union – sui generis, wie er sie auch nannte –, in denen die Mitglieder Souveränität abgegeben haben, einen Haushalt aufstellen. Mir ist dabei aufgefallen, als ich das durchgeblättert habe – und das sah fast so aus wie meine Physikpromotion; viele Ableitungen, Integrale und Differentiale –, dass die volkswirtschaftlichen Grundlagen, die man anzusetzen hätte, um die jeweilige Wirtschaftsstärke der Mitgliedstaaten der Europäischen Union abzubilden, von ziemlich guten Volkswirten gearbeitet werden müssten. Es wäre mal eine interessante Aufgabe für die heutigen Mitglieder des Deutschen Bundestages oder der Landtage, darüber zu sprechen, wie man eigentlich zu den jeweiligen Finanzverteilungen gekommen ist und was man da ändern müsste und ob das heute noch alles gerecht ist.

Und dann ist da noch eine wichtige Frage: Ich habe am Beispiel des UN-Sicherheitsrates darüber gesprochen, dass es Staaten gibt, die ein Vetorecht haben. Da gibt es unendlich viele Organisationen, in denen zählt jeder Staat mit einer Stimme. Mit der Frage der Stimmengewichtung innerhalb der Europäischen Union haben wir uns ja hinlänglich auseinandergesetzt und irgendwann entschieden, dass die Exileinwohner jedes EU-Landes nicht mitgerechnet werden können, wenn es um die Frage geht, wie viele Einwohner man nun wirklich hat, und dass man auch nicht hundert oder zweihundert Jahre zurückgehen kann.

Wir haben zum Beispiel den Internationalen Währungsfonds und viele internationale Abkommen, über die Geldzahlungen im Rahmen von Entwicklungsleistungen vorgenommen werden. Hierbei werden gewichtete,

finanzgewichtete Stimmen vergeben. Das heißt, wer viel hat, der hat auch viel Einfluss.

Das heißt also, wir haben im Grunde ein breites Spektrum, bei dem sich über die Jahrzehnte hinweg relativ willkürlich ergeben hat, wer sich wann, wie und unter welchen Bedingungen worauf geeinigt hat. Auch da wäre mal eine systematische Betrachtung interessant, für welches Gebiet man sich welche Art von Stimmengewichtung und Einfluss überlegen sollte.

Zum Beispiel stehen die Europäer oder die Industriestaaten jetzt vor der interessanten Frage, ob sie denn im IWF lieber viel Einfluss behalten sollen und deshalb auch lieber wenige sind, die viel zahlen, oder ob sie denn ein Land wie zum Beispiel China dazu auffordern, mehr zu zahlen, das damit dann aber auch mehr Einfluss bekommt. Das ändert unmittelbar das gesamte Verhalten des IWF – etwa in der Frage, welche Auflagen afrikanischen Ländern gemacht werden, wenn ihnen geholfen wird.

Es gehört ja sowieso zu den Besonderheiten internationaler Organisationen, dass sie sich etwas unterschiedlich verhalten. In der jetzigen Finanzkrise habe ich mit Interesse Folgendes beobachtet. Wenn früher der IWF einem Land, das in Not geraten war – meistens waren es Entwicklungsländer –, geholfen hat, hat er ihm Auflagen gemacht, die vermutlich zum politischen Ruin des jeweils politisch Verantwortlichen geführt hätten: Steuern erhöhen, Leute entlassen, harte Reformen durchführen. Jetzt, da wir, die Industrieländer, in der Krise sind, haben sich die Aussagen um 180 Grad gedreht: Steuern runter, entlasten, Geld ausgeben, Schulden machen und möglichst wenig über Reformen sprechen, damit die Leute nicht noch mehr Sorgen haben. Es ist fraglich, ob das gerecht ist. Ich wundere mich, dass da noch keiner aufgestanden ist und gefragt hat, ob das eigentlich die Lehre ist, die der IWF uns zwanzig, dreißig Jahre lang gepredigt hat und die wir ja mitgepredigt haben. Also es ist ja nicht so, dass das nicht der Fall war.

Und nun zu Themen, die zu beackern sind. Ich will jetzt nicht alle nennen. Sie brauchen keine Sorge zu haben, es kommt noch zum Anstoßen auf den Geburtstag von Roman Herzog. Im Zusammenhang mit den Menschenrechten und dem spannenden Thema Souveränität und Eingreifen von außen hat sich die UNO, ich würde nicht sagen, schon eine hohe Effizienz, aber eine hohe Legitimation erworben. Es gibt viele Frie-

densmissionen, die unter dem Dach der UNO ablaufen und damit international weitgehend anerkannt sind und ein hohes Maß an Akzeptanz erfahren. Wir beobachten im Augenblick mit großem Interesse, wie sich auch China für einige dieser Dinge öffnet – ganz neue Entwicklungen, die, wie ich finde, spannend und auch hoffnungsvoll stimmen können.

Wir haben im Bereich des Klimaschutzes als Folge des Rio-Prozesses, der ja auch eine Sternstunde internationaler Verantwortung war, eine große Herausforderung. Bei der Klimarahmenkonvention – das ist die materialisierteste unter den Konventionen neben dem Montrealer Protokoll, das die Atmosphäre zerstörenden Gase zum Gegenstand hat – wird es darum gehen, dass wir das Kyoto-Protokoll fortschreiben. Das wird einer der ambitioniertesten internationalen Verhandlungsprozesse sein. Aber es ist jetzt immerhin schon dazu gekommen, dass nicht nur bei allgemeinen Deklarationen Staats- und Regierungschefs zusammensitzen, sondern inzwischen auch die Detailkenntnisse der Staats- und Regierungschefs über Klimafragen beachtlich geworden sind – und zwar weltweit, nicht nur bei ehemaligen Umweltministern wie mir.

Ich bin der Meinung, dass die Weltwirtschaftskrise und -finanzkrise uns den Auftrag geradezu vor die Füße legen, eine adäquate Antwort – ähnlich wie wir sie im UN-Sicherheitsrat bei Sicherheits- und Menschenrechtsfragen haben – auch in Wirtschafts- und Finanzfragen zu finden. Da gab es mal in der Gründungszeit der UNO die Idee mit dem ECOSOC. Das ist aber nur ein multilaterales Gutachtergremium. Deshalb ist meine Idee – und ich habe nicht zur allseitigen Begeisterung mal auf einem Parteitag diese Idee entwickelt; man war sich nicht ganz sicher, ob ich noch mit beiden Beinen auf der Erde stehe –, einen Weltwirtschaftsrat ins Leben zu rufen, der bei der UNO angesiedelt werden muss, der aber nicht *top down* gegründet werden kann, sondern der sich von unten heraus entwickeln muss. Und dafür könnte das G20-Gremium ein interessantes Gremium sein.

Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass es gelungen ist, im Abschlussdokument des G20-Gipfels das Bekenntnis zu einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften zu verankern. Ich könnte mir vorstellen, wenn wir die G20 erfolgreich zu einer solchen Charta-Entwicklung bringen könnten, dass so etwas dann auch in der UNO-Vollversammlung akzeptiert werden könnte und dass man daraus dann auch die entsprechenden institutionellen Schlussfolgerungen ziehen könnte.

Wir in der Europäischen Union und wir Deutsche allemal haben mit solchen internationalen Prozessen nicht allzu viele Schwierigkeiten, weil unsere erfolgreiche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg dadurch möglich wurde, dass wir fest in die internationale Gemeinschaft eingebunden waren. Wir waren glücklich, als wir wieder dazugehören konnten. Aber auch wir in der Europäischen Union spüren, dass uns natürlich auch solche Fragen stark umtreiben wie die, wo die Grenzen sind und wie tief die Integration gehen soll, über was wir dauerhaft andere entscheiden lassen und wieweit ich mich noch einmischen darf, wie viele Rechte der Parlamente damit verbunden sein müssen und was die Regierungen alleine machen können, wie lange ein supranationales Gremium handlungsfähig sein kann. Deshalb könnte man im Zusammenhang mit der Europäischen Union über die Frage Souveränität und Globalisierung auch sehr gut noch einen weiteren Vortrag halten, wovon ich jetzt aber absehe. Glücklicherweise ist der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ja nicht direkt mit der Urteilsfindung über diese Fragen und die neuen Verträge befasst, aber wir würden ihm ja natürlich auch sonst keine Aussagen abpressen wollen.

Eines ist richtig: In der Globalisierung sind wir in Europa mit 500 Millionen Einwohnern international wenigstens einigermaßen sprechfähig. Man muss sich das bei der G20 so vorstellen: Da ist Italien dabei, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft. Außerdem haben es Spanien und die Niederlande geschafft, auch bei den G20-Treffen dabei zu sein, weil sie zu den Ländern mit den zwanzig größten Bruttoinlandsprodukten gehören. Wir Europäer sind also sieben, die 500 Millionen Einwohner vertreten, während einer für China und einer für Indien da sitzt und jeweils deutlich mehr als eine Milliarde Menschen vertritt. Wie lange das gut geht, muss man sehen. Auf jeden Fall sollten wir sieben wenigstens versuchen, eine gemeinsame Position zu vertreten. Ansonsten wären wir lästig, glaube ich.

Dass wir als Nationalstaaten mit achtzig Millionen oder mit fünf, zehn oder sechzehn Millionen in dieser Welt, in denen wir Staaten gegenüberstehen, die weit mehr als eine Milliarde Menschen repräsentieren, unsere internationalen Interessen mit Sicherheit nicht mehr alleine vertreten können, ist wohl richtig. Deshalb ist neben dem Gedanken des Friedens, der ja am Anfang die Europäische Union ganz stark beherrscht hat, auch der Gedanke der gemeinsamen Vertretung unserer gemeinsamen Interessen und Werte nach außen sicherlich einer der tragenden, der die

Legitimation der Europäischen Union auch weit über unsere Generation hinaus zeigen wird.

Sie merken, es ist ein spannender Diskussionsrahmen, und ich weiß gar nicht, ob der morgige Tag dafür ausreicht. Ich werde mich nach den Ergebnissen erkundigen. Ich glaube, wir sollten wirklich eine systematische Diskussion und auch eine Meinungsbildung in unserer Gesellschaft zu den von mir angeschnittenen Fragen herbeiführen. Denn die Menschen in Deutschland werden uns eines Tages fragen – die junge Generation allemal, da sie viel stärker in diese Globalisierung hineinwächst: Wie wollt ihr es denn haben, wer soll denn entscheiden, wie gerecht ist das und welche Rolle will Deutschland spielen?

Herzlichen Glückwunsch, Roman Herzog.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard

Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 50

E-Mail: michael.borchard@kas.de